



EUROPÄISCHE KOMMISSION

Kommissarin Mairead McGuinness
Finanzdienstleistungen, Finanzstabilität und Kapitalmarktunion

Brüssel, 21. Dezember 2022
Ares (2022)7355793

Sehr geehrter Herr Ferber,

Vielen Dank für Ihr Schreiben, in dem Sie Ihre Bedenken hinsichtlich der Einführung eines möglichen Verbots von Anreizen im Rahmen der Strategie für Kleinanleger zum Ausdruck bringen.

Wie Sie wissen, haben meine Dienststellen eine beträchtliche Menge an Beweismaterial (u.a. aus der umfassenden öffentlichen Konsultation, einer gezielten Konsultation zur Eignungsbewertung, der umfassenden Studie über Kleinanleger, die von einem externen Auftragnehmer durchgeführt wurde, sowie den drei Aufrufen zur Beratung der ESAs) zu einer Vielzahl von Themen gesammelt. Wir sind derzeit dabei, diese Erkenntnisse zu bewerten und die Auswirkungen der verschiedenen politischen Optionen zu analysieren.

Unsere Erkenntnisse deuten darauf hin, dass MiFID II trotz ihrer ursprünglichen Absicht nicht zu einer Verlagerung hin zu einer unabhängigen Beratung geführt hat und dass der anreizbasierte Vertrieb das wichtigste Modell für den Verkauf von Anlageprodukten für Kleinanleger bleibt. Unsere Erkenntnisse deuten auch darauf hin, dass im Rahmen des anreizbasierten Modells Kleinanlegern häufig Produkte verkauft werden, die teurer sind als andere, billigere Alternativen, die auf dem Markt erhältlich sind. Die umfassende Studie über Kleinanleger hat ergeben, dass Produkte, für die Anreize gezahlt werden, im Durchschnitt etwa 35 % teurer sind als Anlageprodukte, für die keine Anreize gezahlt werden. Darüber hinaus ergab eine ESMA-Studie, dass die Kosten für eine 10-jährige Anlage von 10 000 EUR für einen Verbraucher um mehr als 35 % teurer gewesen wären als für einen Akteur der Branche für dasselbe Produkt. Die Änderungen der MiFID II haben also noch nicht zu einem Markt geführt, auf dem die Verbraucher ein besseres Preis-Leistungs-Verhältnis erhalten. Im Gegensatz dazu sind in den Niederlanden und im Vereinigten Königreich, die ein Verbot von Anreizen eingeführt haben, die Produktkosten gesunken, so dass die Kunden in beiden Ländern beim Kauf von Anlageprodukten ein besseres Preis-Leistungs-Verhältnis erhalten. Während es eine Verlagerung von Beratungsdienstleistungen hin zu reinen Ausführungsdienstleistungen und Portfoliomanagement gab, hat das Verbot von Anreizen im Allgemeinen nicht zu einem Rückgang der Investitionen von Privatkunden geführt. Die umfangreichen Verhaltenstests zu den Auswirkungen von Informationen über Anreize auf die Anlageentscheidungen von Verbrauchern, die im Rahmen der Studie über Kleinanleger durchgeführt wurden, erbrachten ebenfalls den Nachweis, dass Transparenz über das Vorhandensein von Anreizen einfach nicht funktioniert: Viele Verbraucher tun

Herr Markus Ferber

Mitglied des Europäischen Parlaments (MEP)
Parlement européen
Bât. ALTIERO SPINELLI 14E162
60, rue Wiertz / Wiertzstraat 60
B-1047 Bruxelles/Brussel
E-Mail: markus.ferber@europarl.europa.eu

Rue de la Loi 200, B-1049 Brüssel - Tel. +32-2 29.53200 - Mairead.MCGUINNESS@ec.europa.eu

nicht verstehen, was Anreize überhaupt sind, noch verstehen sie deren Auswirkungen auf das Ergebnis ihrer Investitionen. Eine verbesserte Offenlegung trägt daher möglicherweise nicht wesentlich zu einer gut informierten Entscheidung und besseren Anlageergebnissen bei.

Ich nehme Ihre Besorgnis über eine mögliche Beratungslücke zur Kenntnis, insbesondere im Hinblick auf Kleinanleger, die nur kleine Beträge pro Monat investieren. Ich stimme zu, dass es wichtig ist, sicherzustellen, dass der Kapitalmarkt auch für Kleinanleger funktioniert. Die Beibehaltung des anreizbasierten Systems führt jedoch möglicherweise nicht zu den besten Ergebnissen, insbesondere im Falle von Kleinanlegern. Wie bereits erwähnt, werden Kleinanleger bei einem anreizbasierten System häufig nicht über die besten Produkte beraten. Da Kleinanleger nur über begrenzte Mittel für Investitionen verfügen, scheint es besonders wichtig, dass sie von einer unabhängigen Beratung und kostengünstigen Produkten profitieren können. Ich bin der Meinung, dass auch im Rahmen eines gebührenbasierten Vertriebssystems ohne Anreize eine Beratung für Kleinanleger in der Regel zu einer für Kleinanleger erschwinglichen Gebühr möglich sein sollte und auch sein wird. In der Tat zahlen Kleinanleger bereits jetzt für die Beratung als Teil der integrierten Produktkosten, auch wenn sie sich dessen vielleicht nicht bewusst sind. Beratung, insbesondere Roboter-Beratung oder automatisierte Beratung, muss nicht teuer sein. Dennoch gibt es Kleinanleger, die nicht für eine Beratung bezahlen wollen, sondern lieber selbst investieren. Das ist eine legitime ökonomische Entscheidung, die sie treffen können. Wir prüfen jedoch auch, ob wir in diesem Fall den Zugang zu Beratung und/oder Orientierung erleichtern können

Sie sprechen auch die Frage der Einnahmen der Banken und die möglichen Auswirkungen an, die ein Verbot von Anreizen auf den Erhalt von Filialen und die finanzielle Eingliederung haben könnte. Die Zahl der Bankfilialen ist in der Tat seit vielen Jahren rückläufig. Während die Digitalisierung grundsätzlich die Zugänglichkeit von Finanzdienstleistungen verbessert, kann der Rückgang der Zahl der Bankfilialen den Zugang insbesondere für jene Verbraucher erschweren, die weniger gut mit digitalen Medien umgehen können. Ich stimme zwar zu, dass es wichtig ist, die finanzielle Eingliederung zu gewährleisten, und glaube, dass wir die Entwicklungen genau verfolgen müssen, aber ich glaube nicht, dass wir diese allgemeine Entwicklung ändern können. Ich glaube, dass wir andere Wege finden müssen, um die finanzielle Eingliederung zu gewährleisten - die Kosten für die Aufrechterhaltung von Filialnetzen sollten nicht von Kleinanlegern getragen werden, die, wie Sie andeuten, die Bankfilialen subventionieren würden.

Sie haben auch Bedenken hinsichtlich der Auswirkungen des Verbots von Anreizen auf die Rentabilität der Banken und die Risiken für die Finanzstabilität geäußert. Ein Verbot würde in der Tat eine Änderung der bestehenden Geschäftsmodelle erforderlich machen, aber das würde die Banken nicht daran hindern, ihre Produkte zu verkaufen und Gewinne zu erzielen. Ihre Gebühren würden für die Kleinanleger einfach transparenter werden. Die Erfahrungen in den Niederlanden, einem Land mit einem konzentrierten Bankensektor, das während der Finanzkrise ein Verbot einführte, haben keine nennenswerten Risiken aufgeworfen. Im Vereinigten Königreich wurden ähnliche Erfahrungen gemacht. Ein Verbot würde wahrscheinlich auch zu mehr Innovation und Wettbewerb in der Branche führen, was sowohl den Kleinanlegern als auch der Branche zugute käme.

Mit freundlichen Grüßen,



Mairead McGuinness

 Elektronisch unterzeichnet am 21/12/2022 10:57 (UTC+01) gemäß Artikel 11 des Beschlusses (EU) 2021/2121 der Kommission